

# GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 22. 31. Jahrg.

31. Mai 1918

## ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER, CHEMIGRAPHEN, PHOTOGRAPHEN, LICHT- u. KUPFERDRUCKER, FORMSTECHE U. VERW. BERUFE.

**Abonnement.** Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitage. Abonnementpreis: 1 Mk. vierteljährlich pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 3673.) Für die Länder des Weltpostvereins 1,25 Mk.

**Redaktion:**  
Adolf Domnick, Berlin N 24, Elsaßstr. 86-88<sup>123</sup>. Redaktionsschluss: Montag, Telefon: Amt Norden 4268. Verlag: Otto Sillier, Berlin N 24. Druck und Expedition: Conrad Müller, Scheidestr. 8-9.

**Insertion.** Für die viergespaltene Feilzelle oder deren Raum 30 Pfg., bei Wiederholungen Rabatt! Für Vereinsmitglieder sowie Vereinsanzeigen 15 Pfg. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft. — Zuschriften an die Expedition erbeten.

### Inhalt:

**Hauptteil:** Wie kann eine Wohnungskatastrophe verhindert werden? Rundschau. Die Gewerkschaften und das Taylorsystem. Stärkung und Ausbau der Unternehmerverbände. — **Allgemeines:** Das hundertjährige Jubiläum des Flachdruckes. II. Theodor Leipart über unsere Verbandsgeschichte. Vom Buchdruckertarif. — **Feuilleton:** Urlaub. Marx-Bücher. — Vom Büchertisch. — Anzeigen.

### Wie kann eine Wohnungskatastrophe verhindert werden?

Wie auf vielen Gebieten des öffentlichen Lebens, so hat auch die revolutionäre Umwälzung des Krieges mit starkem Druck die Lösung der Wohnungsfrage in den Vordergrund gedrängt. Die ganze Wut der gesetzlichen Unterlassungen auf diesem Gebiet in den letzten 25 Jahren vor dem Krieg, steht deshalb heute zur öffentlichen Diskussion. Und dabei wird die Wohnungsfürsorge für die zurückkehrenden Kriegsteilnehmer nicht allein in Betracht kommen können, sondern hier sind Maßnahmen sicherzustellen zu der bedeutungsvollen Frage: wie wohnt die große Masse des arbeitenden Volkes überhaupt? Das bekannte Wohnungselend besteht nicht allein in dem Mangel an Wohngelegenheiten, sondern in der sittlichwidrigen und unhygienischen Beschaffenheit der übergroßen Zahl der Kleinwohnungen, wo die Mieter in die Zwangslage kommen, jeden Winkel auszunutzen und dafür 15 bis 25 Proz. des Jahresarbeitsverdienstes als Mietbetrag zahlen zu müssen. Die Ursachen zu diesen offenkundigen Mißständen: wie Schlafgängerwesen, Unreinlichkeit der Wohnräume, Seuchengefahr usw. werden in der privatkapitalistischen Ausbeutung und Überwertung des Baugrundes und der Wohngebäude, sowie auch andererseits in der spekulativen Zurückhaltung des Geldmarktes zum Wohnbauwesen zu suchen sein. Eine bevölkerungspolitische Wohnungsfürsorge kann deshalb nicht allein darin bestehen: daß der Staat oder die Gemeinde für eine den Bauinteressenten oder sonst genügende Bauordnung sorgt oder durch Wohnungsgesetze allgemeine Richtlinien aufstellt, sondern daß die gesetzlichen Faktoren wie das Reich, die Bundesstaaten und Gemeinden hier tatsächlich durch Schaffung von guten Kleinwohnungen vorbildlich und preisbestimmend eingreifen. Im Zusammenhang mit dem gehört auch die Einschränkung der Terrain- und Häuserspekulation durch Freigabe oder Expropriation (Enteignung) von Bauland, Erschließung von Baustraßen und Darlehen von billigen Baugeldern, wobei die Baugenossenschaften zu bevorzugen wären. Wie aus Einzelleistungen ersichtlich, liegt es sehr nahe, daß auch die Bundesstaaten und Gemeinden unmittelbar durch Eigenbetrieb derartige Wohnungen selbst bauen können und dadurch auf die spekulative Privatbautätigkeit preisregulierend einwirken. Bei dem voraussichtlich in nächster Zeit im größeren Umfange vor sich gehenden Bau von Kleinwohnungen wird es darauf ankommen, nicht nur notdürftige Wohnungselände, herzustellen, sondern Wohnräume zu schaffen, wo Luft, Licht und Sonne leichten Zutritt

haben und auch in der Art der Ausgestaltung der Räume die Bewohner mehr mit Lebensfreudigkeit erfüllen. Zu diesem Zweck ist bei der Beschaffung solcher Wohnungen nicht allein Wert auf Kleinsiedlungen und Kleinhäuser zu legen, sondern, wie auch von anderer Seite sehr richtig betont wurde, auch begrenzt das Etagegebäude zuzulassen. Nicht das Etagegebäude an sich mit seinem Treppensteigen, mit der größeren Zahl von Wohnungen und Bewohnern, hat die Mißstände und Abneigung dagegen erzeugt, sondern die beschränkten Wohnungsverhältnisse zum Mietpreis und dabei die Art der Verteilung des zu bewohnenden Flächenraums und wie sonst diese Wohnräume zu den Kulturforderungen bis zur heutigen Zeit ausgestattet wurden. Für die Mittel- und Großstädte, sowie auch für eine beträchtliche Zahl von Industrieorten wird das Dreietagen- oder Dreitreppenhaus immer seinen Wert behalten. Bei einer örtlichen Dichtigkeit der Bevölkerung durch Mangel an Bauland und im Interesse einer Verringerung der Wohnentfernungen von den Arbeitsstätten, wird das Etagehaus sich sogar zu einer dringenden Notwendigkeit machen. Bei der Anordnung dieser Wohngebäude wären Hinterhäuser möglichst zu vermeiden, wenn nicht ganz auszuschließen. Das Zulassen von Dach- und Kellerwohnungen ist als gesundheitgefährlich auf alle Fälle, auch als Nothelf zu verhindern; denn wir glauben annehmen zu können, daß die »moderne Periode der Höhenbewohner« endlich vorüber ist. Zu den bekannten sittlichen Schäden des Schlafgängerwesens darf auch die Forderung nach Ledigenheimen für Männer und Frauen nicht unbeachtet bleiben. Vor allem sind auch Mietsteigerungen, die sich in den seltensten Fällen und nur begrenzt rechtfertigen lassen, gesetzlich zurückzuweisen, da ja bekanntlich die große Masse der Wohngebäude schon vor dem Kriege gebaut wurde. —

Um zu verhindern, daß die kommende Wohnungsnachfrage sich nicht zu einer akuten Wohnungsnot entwickelt, werden alle illusionären Wünsche und Forderungen zurückgestellt werden müssen; denn nach Lage der Verhältnisse sind die hier in Betracht kommenden Fragen und in Aussicht zu nehmenden Maßnahmen auch sehr ernst zu prüfen. Es wird auch keinem Zweifel begegnen, daß, wie schon vorausgesehen, in den ersten Jahren nach Friedensschluß sich die ganze Situation äußerst schwierig und bedenklich gestalten wird.

Bei der Besprechung der Wohnungsfrage in der bayerischen Kammer im März dieses Jahres machte der Minister Dr. v. Brettreich einige recht bemerkenswerte Ausführungen; er sagte: »Die schon in Friedenszeiten große Wohnungsfrage ist im Laufe des Krieges außerordentlich gewachsen. In Friedenszeiten wurden in Deutschland alljährlich ungefähr 350 000 bis 400 000 Wohnungen neuhergestellt, davon in Bayern 25 000 bis 30 000. Die Neubautätigkeit in den Städten mit mehr als 15 000 Einwohner, die 1914 noch 5372 Neubauten aufwies, war schon 1915 auf 2025

gesunken. Seit 1916 ist aber ein starker Rückgang an Wohnungen eingetreten, besonders fehlt es an kleinen und mittleren Wohnungen. Die Entwicklung der Verhältnisse nach dem Kriege kann mit Sicherheit noch nicht vorausgesagt werden, da der Bedarf in den einzelnen Städten noch nicht feststeht. Vor allem sind die zahlreichen kriegsgetrauten Paare unterzubringen. Dazu kommen die zahlreichen Auslandsdeutschen und die Abwanderung aus großen in kleine Wohnungen infolge zahlreicher Todesfälle und der stärkeren Belastung durch die Steuern und die Kriegsteuerung. Der Bedarf an neuen Wohnungen bis Ende des ersten Friedensjahres wird in Deutschland in den ersten Monaten auf 300 000 berechnet, wovon der weitaus größte Teil auf mittlere und Kleinwohnungen entfällt. Eine halbwegs annehmbare Lösung der Wohnungsfrage bietet einen solchen Berg von Schwierigkeiten, daß man fast verzagen könnte. Deshalb müssen alle berufenen Faktoren, Staat und Gemeinde, alle Versicherungsträger, die gemeinnützigen Bauvereine und Private, zusammenarbeiten, damit wir zu einigermaßen erträglichen Verhältnissen gelangen. — Die Erhöhung des Kostenaufwandes bei der Wohnungsherstellung beträgt 80 bis 100 Proz. Infolgedessen muß möglichst billig und einfach gebaut werden. In dieser Richtung kann noch viel erreicht werden, wenn die Bauten auch künftig gesundheitlichen und wirtschaftlichen Anforderungen entsprechen müssen. — Im weiteren wies der Minister auf die Schwierigkeiten der Beschaffung von Baustoffen und des Geldbedarfs hin. Hierzu ist auch von Interesse, wie sich der Kriegsminister v. Hellingrath zu dieser Frage äußerte, er sagte: »Der Antrag der Kammer fordert die Überlassung von Leichtbauten und Rohstoffen, die aus den Heeresbeständen frei werden. Ich glaube, daß diese Leichtbauten, Baracken usw. sich weniger als Ersatz für Wohnungsbauten als für Massenquartiere eignen. Auch ist zu bedenken, daß eine große Zahl von ihnen nur auf ihrem jetzigen Aufstellungsort verwendbar ist, weil ein Abbau und Wiederaufbau an anderer Stelle unwirtschaftlich wäre; dies gilt besonders für die Baracken des Feldheeres. Zudem hat die Heeresverwaltung selbst großen Bedarf an Unterkunftsmiteln nach dem Kriege zur Unterbringung der zurückkehrenden Truppen und zur Lagerung der hochwertigen Materialien. Was an Baumaterialien entbehrlich ist, soll ohne Schwierigkeiten zur Verfügung gestellt werden.« Die beiden bayerischen Minister waren offen und ziemlich deutlich!

Wenn dennoch von seiten der Unternehmer immer wieder auf das Holz- und sonstige Material an den Fronten, in den Unterkünten usw. hingewiesen wird, so muß z. B. das Holz erst herausgerissen und dann gereinigt, lufttrocken, verwendungs- und transportfähig hergestellt werden. Wie von den militärischen Fachleuten allgemein konstatiert wird, ist davon zu Bauzwecken wenig zu ge-

braucher. Im übrigen muß das von den Militärbehörden zur Verfügung gestellte Material, wie Holz, Baracken usw. frei von Ungeziefer und auch sonst hygienisch einwandfrei sein. Dazu kommen die Schwierigkeiten des Abtransportes. Von der Seite ist also nur wenig Material zu erwarten; denn mit Steinbrocken, altem Lattenholz und Stadeldraht kann man keine Häuser bauen! Deshalb müssen sich die Bauhandwerker jetzt eingehender mit der Materialfrage beschäftigen.

Sehr wertvolle Darlegungen sind hierüber in einem Vortrage: »Die Wohnungsfrage und die Aufgaben der Übergangswirtschaft«, von dem Königl. Baurat Höpfner in Kassel, im November 1917 gemacht worden. Danach würden nach dem bekannten Bevölkerungszuwachs vor dem Kriege mindestens für jedes Kriegsjahr 200 000 neue Wohnungen gebraucht sein; also insgesamt 800 000 Wohnungen, die in den acht Jahren der Übergangswirtschaft nachzubauen wären. Ferner für die Jahre der Übergangswirtschaft, wo voraussichtlich nur eine geringere Volksvermehrung in Frage kommt, können auf jedes Jahr 150 000 angenommen werden. Demnach wären in diesem Zeitraum  $800\,000 + 8 \times 150\,000 = 2\,200\,000$  Wohnungen zu beschaffen. — Den Geldbedarf für acht Jahre berechnet Höpfner nach den Durchschnittskosten aller zu schaffenden Wohnungen, die auf 8 000 Mk. anzusetzen sind, mit 16 Milliarden Mk., eine Summe, die auch nach anderen Fachleuten vor dem Kriege für Wohnhausbauten ausgegeben wurde. Den achtjährigen Bedarf an Bauland mit Gartenfläche schätzt er für jede Wohnung auf 300 Quadratmeter, also auf 600 Millionen Quadratmeter oder 60 000 Hektar im ganzen, mit Einfluß der Straßen und sonstigen Freiflächen auf 80 000 Hektar. Ferner den Jahresbedarf an Mauersteinen mindestens auf  $5\frac{1}{2}$  Milliarden und 62 Millionen, an Dachsteinen 1 Milliarde, an Zement auf 287 000 Tonnen, an Kalk auf  $2\frac{1}{2}$  Millionen Kubikmeter, an geschnittenem Bauholz auf  $1\frac{3}{4}$  Millionen Kubikmeter usw. — Ausgeschlossen bei diesen Zahlen ist der Geld- und Baustoffbedarf der Industriebauten und der sonstigen dringend erforderlichen Gebäude, wie Schulen, Krankenhäuser, Verwaltungsgebäude usw. Als selbstverständlich wird hier gelten müssen, daß Luxusbauten in diesem Zeitraum nicht aufgeführt werden.

Um so nach der Lage der Dinge den Bauforderungen und der Nachfrage nach Wohnungen gerecht werden zu können, wird es die erste Aufgabe der Regierungen sein müssen, ohne Zögern der gesamten Baustoffindustrie wieder die Möglichkeit zu einer regelrechten Tätigkeit zu geben; denn nur dadurch kann der Weg als geebnet angesehen werden, eine Wohnungskatastrophe zu verhindern!

G. Heinke.

## Rundschau.

**Hermann Globig** †. Wir erfüllen hiermit die traurige Pflicht den Kollegen anzuzeigen, daß unser langjähriger Kassierer von Breslau, der Kollege Hermann Globig am 25. Mai in Alter von 62 Jahren nach schwerem Leiden verschieden ist. Nach einer vorangegangenen Erkältung hat die Tuberkulose seinen durch den Krieg geschwächten Körper zermürbt. Zu den Gründern unseres Verbandes gehörend, hat er in fast 30 jährigem Wirken immer in vorderster Reihe gestanden und mit seltener Arbeitskraft und Opferwilligkeit, die keine Grenze kannte, die Interessen unserer Berufskollegen am Ort und im Gau wahrgenommen. In keiner festlichen Veranstaltung, Sitzung oder Versammlung fehlte unser Globig und wenn bei seinem Erscheinen sein scherzhafter Gruß »Guten Abend Leute« ertönte, dann kam als Antwort von allen Seiten ein »Guten Abend Herr Hauptmann« und ein befriedigtes Lächeln zog über sein Gesicht. Das unbegrenzte Vertrauen unserer Kollegen berief ihn auf alle Gattungen und auf mehrere Generalversammlungen unseres Verbandes. Mit allen Fasern seines Herzens hing er an dem Wohl und Wehe unserer Zahlstelle und bis zum letzten Augenblick hat er für uns gearbeitet. Er war unserer Besten einer! Ehre seinem Andenken!

**Der Aufstieg der Gewerkschaften.** Der Holzarbeiterverband hat im Jahre 1917 um rund 22 000 Mitglieder zugenommen und zählte deren

am Jahreschluß über 90 000. Der Erfolg der Bewegungen betrug im Jahre 1917 neben Arbeitszeitverkürzungen und Abwehr versüßter Verschlechterungen für 128 368 Arbeiter eine Lohnerhöhung von durchschnittlich 11,74 Mark in der Woche. Die Lohnerhöhung, die erzielt wurde, beträgt insgesamt in der Woche anderthalb Millionen Mark oder, das Jahr zu 50 Wochen gerechnet, 75 Millionen, genau 75 319 650 Mark.

**Die Steigerung unserer Löhne.** Wie das kaiserlich Statistische Amt berichtet, konnte im September 1917 sowohl bei den männlichen wie auch bei den weiblichen erwachsenen Arbeitern mehr als eine Verdoppelung der Löhne festgestellt werden. Setzt man den Durchschnittstagesverdienst der männlichen und weiblichen Arbeiter im März 1914 gleich 100, so stieg er bei den männlichen Arbeitern im September 1917 auf 209,1, bei den weiblichen Arbeitern auf 212,7. Nach anfänglichem Sinken der Löhne im September 1914 ist in den folgenden Sitzzeiten der Durchschnittstageslohn der männlichen Arbeiter ununterbrochen gestiegen bis auf 10,79 Mk. im September 1917. Bei weitem am stärksten war die Zunahme von September 1916 auf März 1917, nämlich 20,3 v. H.; diese Erhöhung dürfte auf das Inkrafttreten des Hilfsdienstgesetzes und den gerade damals infolge des sogenannten Hindenburg-Programms stark anwachsenden Bedarf der Rüstungsindustrie zurückzuführen sein. Immer wieder muß man daran die Frage knüpfen: um wieviel hat sich die Lebenshaltung der Arbeiter in derselben Zeit verteuert? Unseren Kollegen möchten wir aber die Frage vorlegen: *Habt ihr diese Verdoppelung eures Friedenslohnes schon erreicht?*

**Teilreformer der Invalidenversicherung.** Der Zentrumsarbeiterabgeordnete Giesberts, der bekanntlich seit einer Zeit ehrenamtlich im Reichswirtschaftsamt mitarbeitet, teilt in der »Sozialen Praxis« mit, daß gegenwärtig eine Vorlage vorbereitet wird, welche die in der Invalidenversicherung gewährten Rentenzuschüsse von 8 Mark im Monat organisch in die Invalidenversicherung hineinarbeiten soll. So gering dieser Rentenzuschuß an sich ist, stellt er doch eine etwa 50 prozentige Erhöhung der durchschnittlichen Reichsinvalidenrente dar. Bei der Neuordnung soll die jetzige mechanische Zuschußleistung, die nur gewährt werden mußte, um die Zuschüsse möglichst rasch auszahlen zu können, natürlich wieder verlassen werden. Da aber keine Aussicht darauf besteht, daß die Lebenskosten in absehbarer Zeit auf den früheren Stand zurücksinken, kann man auf diese Zuschüsse nicht mehr verzichten und muß sie daher organisch in die Invalidenversicherung hineinarbeiten. Das erfordert eine jährliche Ausgabe von 100 Millionen Mark, die durch eine Erhöhung der Beiträge wieder eingebracht werden müssen. Diese Erhöhung soll so bemessen werden, daß die Invalidenversicherungsanstalten auch ihre Arbeit für Krankheitsverhütung und Wiederherstellung der Volksgesundheit fortsetzen können.

Giesberts erwähnt in seinem Aufsatz auch, daß viele Vorschläge eine gründliche Reform der ganzen Invaliditäts- und Krankheitsversicherung, insbesondere die dauernde Festlegung der Wohnhilfe und die Erhöhung der Einkommensgrenzen fordern. Er zieht sich jedoch vor dem Einwand zurück, daß die finanzielle Leistungsfähigkeit des Reiches nach dem Kriege noch nicht gesichert sei, und tritt daher zunächst für die Durchführung der kleinen Reform der Invalidenversicherung ein.

### Aus dem Auslande.

**Die 29. Generalversammlung unseres schweizerischen Bruderverbandes** fand am 13. und 14. April in Olten statt und war die siebente Kriegstagung. Durch den Weltkrieg wurden auch an unsere schweizerische Bruderorganisation größere Anforderungen gestellt, weshalb sich diese Kriegstagungen notwendig machten. In normalen Zeiten findet alljährlich während der Ostertage dieser Delegiertentag statt. Der gedruckte vorliegende Jahresbericht, auf den wir noch zurückkommen werden, wurde von seiten des Zentralvorstandes in einigen Punkten mündlich ergänzt und rief eine lebhaftige Diskussion hervor. Beschlüssen wurde unter anderem, keine Oster- und Weihnachtsunterstützung mehr auszuzahlen. Dann kamen die vorliegenden Anträge zur Beratung. An erster Stelle rangierte derjenige zwecks nachträglicher Genehmigung der vom Zentralvorstand unter gewissen Voraussetzungen angeordneten Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung. Die Vertreter der Sektion Basel machten diesem ernsthaft Opposition. Sie wollten die Erhöhung, im Gegensatz der Verfügung des Zentralvorstandes, auch dort eintreten lassen, wo gestützt auf kantonale oder städtische Einrichtungen, zur Verbandsunterstützung bereits ein Zuschlag bezahlt wird. Die Delegiertenversammlung ließ sich jedoch nicht zu dieser Auffassung bekehren, sondern entschied, daß die Erhöhung nur dort eintreten soll, wo die Kollegen den Vorteil eines Zuschusses aus städtischen oder staatlichen Mitteln nicht besitzen. Sie ist also nicht als eine gleichmäßig feste, statutarische Erhöhung zu betrachten. — Unter der Etikette »Aktuelle Fragen« segelten diesmal der Bericht und die Anträge der von der Sektion Bern bestellten Lithographenkommission, sowie der Bericht über den Stand der Verhandlungen bezüglich Gewährung einer neuen Teuerungszulage. Den Anträgen der Lithographenkommission wurde restlos zugestimmt. Die fernere Bestellung der Lithographenkommission wurde der Sektion Zürich übertragen. Im Anschluß erstattete die Sektion Zürich Bericht über die von der Delegiertenversammlung in Neuenburg zugewiesene Aufgabe, über die Verhältnisse in der Privatlithographie eine Erhebung zu machen und Mittel und Wege zu suchen, um die bestehenden Mißstände in der Privatlithographie zu beseitigen. Als Sitz des Verbandes wurde wiederum Bern und als Geschäftsprüfungssektion für 1918 die jüngste im Bunde, Einsiedeln bestimmt. pl.

## Die Gewerkschaften und das Taylorsystem.

In einer großangelegten und außerordentlich bedeutungsvollen Artikelreihe erörtert das »Fragependenzblatt der Generalkommission« die Fragen des gewerkschaftlichen Wiederaufbaues nach dem Kriege. In dem jüngsten dieser Aufsätze nimmt das zentrale Organ der Gewerkschaften Stellung zu der Frage, ob und unter welchen Voraussetzungen die Gewerkschaften im Interesse der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie für eine Steigerung der Arbeitsleistung mitwirken können. Diesem Zweck soll bekanntlich das sogenannte Taylorsystem dienen, die »wissenschaftliche Betriebsführung«, die im Laufe der letzten Jahre soviel erörtert und so verschiedentlich ausgebaut worden ist, daß sie keineswegs mehr als einheitlicher Gedankenbau erscheint.

Die erste Art des Taylorsystems umfaßt Maßnahmen, die den Arbeiter zu höherer Arbeitsleistung antreiben sollen. Mit der Stopphur wird jeder Arbeitsvorgang bei einem der gewandtesten Arbeiter gemessen und schriftlich festgehalten, die Maschinengeschwindigkeit aufs höchste gesteigert, jede kleinste Pause ausgeschaltet, die Muskelkraft bis zur Höchstleistung beansprucht und danach der Lohn bemessen. Was ein solcher Musterarbeiter in einer kurzen Zeitspanne zu leisten vermochte, wird dann als Arbeitspensum für die übrigen Arbeiter festgesetzt. Diese primitiv-wissenschaftliche Betriebsführung ist nichts anderes als Arbeitsverdichtung durch Antreiberi zum Nutzen des Unternehmers und auf Kosten des Arbeiters. Ein solches Arbeitssystem untergräbt die Gesundheit der Arbeiter und ist unter allen Umständen abzulehnen.

Eine zweite Gruppe von Maßnahmen befaßt sich mit der Feststellung der Arbeitseignung der Arbeiter, indem diese nach ihren Eigenschaften und Fähigkeiten sorgfältig geprüft und ausgewählt bzw. verteilt werden. Der Grundsatz, den richtigen Mann an den richtigen Platz zu bringen, ist an sich gewiß zu billigen; er setzt aber voraus, daß die Ausbildung der Arbeitskräfte mehr als bisher darauf eingestellt wird, alle vorhandenen Eigenschaften und Fähigkeiten zur vollen Entwicklung zu bringen. Das muß aber in der Jugend des Arbeiters geschehen. Gegenüber dem älteren Arbeiter würde das zu mancherlei Härten führen. In der Tat muß bei solcher Auswahl befürchtet werden, daß ein nicht geringer Teil der Arbeiterschaft wegen Minderleistungen ausgemerzt würde. Deshalb können wir solche Maßnahmen nur bei der Ausbildung jüngerer Arbeitskräfte billigen und nur unter Mitkontrolle der Gewerkschaften zulassen.

Eine dritte Gruppe von Maßnahmen gilt der Reorganisation des Arbeitsprozesses, der Verbesserung der Maschinen und Werkzeuge, der Zuführung der Arbeitsmaterialien bis zum Arbeitsplatz und deren handgerechter Lagerung, der Ausschaltung von Arbeitsstörungen und unnützer Kräftevergeudungen, der Vereinfachung der Erzeugung durch Einführung von Normalien und Typen, sowie der konsequenten Durchführung der Arbeitsstellung und der Mechanisierung des Arbeitsprozesses. Von diesen Maßnahmen könnte vieles die Zustimmung der Arbeiterschaft finden, sofern die Durchführung nicht einseitig zum Vorteil des Unternehmers und zum Nachteil des Arbeiters geschieht. Das hätte gewiß auch Genosse Th. Leipart im Sinn, wenn er in einer Betrachtung über die Zukunftsaufgaben der Gewerkschaften (Nr. 43 der »Glocke«) schrieb: »Wenn die Steigerung der Warenerzeugung und der Arbeitsleistung nicht auf Kosten der Gesundheit des Arbeiters geschehen soll, brauchen die Gewerkschaften gewiß nicht zu widersprechen.«

Die Gewerkschaften verschließen sich also keineswegs der Einsicht, daß eine Steigerung der Ergiebigkeit der Produktion angesichts der kommenden Kämpfe um die Absatzmärkte unserer Industrie wünschenswert ist; sie können aber nur dann von der Arbeiterschaft freudig unterstützt werden, wenn sie weder auf Kosten der Arbeitergesundheit, noch der Lebenshaltung geschieht. ik.

## Stärkung und Ausbau der Untermervverbände.

Der vom Verbands Sächsischer Industrieller begründete Deutsche Industrieschutzverband, Sitz Dresden, wandte sich in einem Rundschreiben an seine Mitglieder, durch das er diese nachdrücklich zur Mitwirkung an der Stärkung und am Ausbau der Unternehmerorganisationen aufforderte. Zunächst führte er in diesem Rundschreiben über die gegenwärtige allgemeine Lage im wirtschaftlichen Leben folgendes aus:

Im 4. Kriegsjahre ist die Zahl der Arbeiterbewegungen eine noch höhere als im vorangegangenen gewesen, sodaß wir andauernd dafür in Anspruch genommen waren. Der Ausbruch von Streiks konnte wegen der dabei in Frage kommenden besonderen Umstände nicht in allen Fällen verhindert werden, so daß für das Jahr 1917 auch beträchtlichere Entschädigungen zu leisten sind. Die Vorgänge aus jüngster Zeit sind bekannt. Auch dabei sind wir in größerem Maße für Entschädigungen in Mitleidenschaft gezogen. Der Mangel an Arbeitskräften und vor allem die schwierigen Ernährungsverhältnisse werden weiterhin ungünstige Wirkungen ausüben.

Die Hauptsache zu den Lohnbewegungen im 4. Kriegsjahre, die Zustände im Ernährungsverwesen, hauptsächlich wohl die Teuerung auf dem Lebensmittelmarkt, wird also von dieser Unternehmerorganisation als Grund des Eintretens der Arbeiter für die Erhöhung der Löhne rückhaltlos anerkannt. Dann wird auf den steigenden Einfluß der Arbeiterverbände hingewiesen und den Unternehmern wie folgt gehörig grollend gemacht:

»Jedenfalls läßt sich schon jetzt erkennen, daß nach Beendigung des Krieges besonders schwierige Arbeiterverhältnisse eintreten werden. Die Gewerkschaften sind nicht — wie hier und da vermutet wird — durch den Krieg geschwächt worden; ihre finanziellen Kräfte sind mindestens nicht geringer geworden (durch die von fast allen Gewerkschaften durchgeführten Beitragsersparungen werden sie weiter erheblich gesteigert), während es ihnen möglich war, ihren Einfluß auf den verschiedensten Gebieten in ungeahntem Maße zu verstärken. Die in Ausnutzung politischer Schwierigkeiten erlangten Zugeständnisse, wie sie in gesetzgeberischen Maßnahmen bereits zu verzeichnen und demnächst weiter zu erwarten sind, beeinflussen die Arbeitgeberinteressen in stärkstem Maße. Die Gewerkschaften haben außergewöhnlich starken Mitgliederzuwachs — nach den Bekundungen der Führer besonders infolge der Wirkungen des Hilfsdienstgesetzes — zu verzeichnen.«

Daß alle gewerkschaftliche Forderungen, wie die Besetzung des § 153 der Gewerbeordnung, die Schaffung von Arbeitskammern usw., die die Gewerkschaften selbstverständlich auch in der Kriegszeit mit allem Nachdruck vertreten haben, jetzt ihrer Verwirklichung entgegenreife, erfüllt den Industrieschutzverband mit schwerer Sorge. Diese veranlaßt ihn jedenfalls auch zu der Unterstellung, daß die Gewerkschaften in Ausnutzung politischer Schwierigkeiten Zugeständnisse der erwähnten Art erlangt hätten obwohl er wissen sollte, daß die Haltung der Arbeiterorganisationen zu größten politischen Schwierigkeiten, dem Kriege, und insbesondere zur Frage der Landverteidigung von Anfang an vollständig unabhängig von ihren Forderungen an den Staat bestimmt worden ist. Aber die erwähnte Unterstellung braucht ebenso wenig wie der Seitenhieb auf die Wirkungen des Hilfsdienstgesetzes — der denen zu denken geben sollte, die die Haltung der Gewerkschaften zu diesem Gesetz mit den schärfsten Worten bekämpfen — tragisch genommen zu werden, weil beide Wendungen eben nur auf die Verärgerungen über die Fortschritte der Gewerkschaften zurückzuführen sind. Diese werden vom Industrieschutzverbande ausdrücklich anerkannt, im Gegensatz zur Deutschen Arbeitgeberzeitung und zur politischen Scharfmacherpresse, die bis in die jüngste Zeit unter Hinweis auf den Mitgliederzuwachs der Gewerkschaften deren Einflußlosigkeit auf die Arbeiterklasse in ihrer Gesamtheit darzutun versuchte, um die Regierung von ihrer seit Kriegsausbruch eingenommenen Haltung gegenüber den Arbeiterorganisationen abzubringen. Freilich gibt auch der Industrieschutzverband die gewerkschaftlichen Fortschritte nur zu, um sie als Agitationsmittel auszuschlagen, denn sein Rundschreiben zielt in den groß- und feltgedruckten Sätzen:

»Demgegenüber ist der Ausbau der Arbeitgeber-Organisationen eine gebieterische Notwendigkeit. Wir bitten unsere Mitglieder erneut, unsere hierauf gerichtete Tätigkeit mit allen Kräften unterstützen und auf den Anschluß von Berufsgruppen und Bekannten aus anderen Branchen hinarbeiten zu wollen. Auch unsere Mitgliederzahlen sind weiter beträchtlich gestiegen, die der angeschlossenen Einzelmitglieder auf zirka 6900. Aber noch recht viele Industrielle stellen sich über den Wert des Anschlusses an eine leistungsfähige Organisation zu Vertretung ihrer Arbeitgeberinteressen klar werden!«

Aus diesen Aufforderungen sollte jeder Arbeiter und jede Arbeiterin selbst die richtigen Schlüsse zu ziehen vermögen. Der wirtschaftlich Schwache und Abhängige ist, auf sich allein angewiesen, dem wirtschaftlich starken Unternehmer auf Geheiß und Verderb ausgeliefert. Er kann nur zu einem mitbestimmenden Faktor im Wirtschaftsleben werden durch den Zusammenschluß mit seinen Klassen Genossen, durch die Organisation. Diese allein schafft auch gegen die Unternehmerverbände ein starkes und wirksames Gegengewicht, um so stärker und wirksamer, je fester und kräftiger sie ist. Das bedeutet für die Arbeiterschaft: Hinlein in die Gewerkschaften bis auf den letzten Mann und die letzte Frau!

## Allgemeines.

Teil für die gemeinsamen Interessen aller Sparten des Berufes.

### Das hundertjährige Jubiläum des Metallflachdruckes.

Am 29. August wird dann an den König Maximilian von Bayern ein Bericht abgegeben in welchen der Wunsch geäußert wird, dem Senefelder für seine hervorragende Leistung »ein zu 6 Dukaten in Gold ausgeprägtes Jetton zustellen zu dürfen.« Es ließ nicht lange auf sich warten, schon am 13. September 1817 wurde der Wunsch der Akademie erfüllt, dem Senefelder einen Jetton zu 6 Dukaten zu überreichen. Dies ist eine Anerkennung die nur für ganz hervorragende Leistungen von Seiten der Akademie der Wissenschaften vorgeschlagen wird.

Schon während der Prüfung wurde von einigen Mitgliedern der Akademie der Wunsch geäußert, Senefelder möge seine neue Erfindung recht bald auf den Markt bringen, sie der Öffentlichkeit übergeben. Bestärkt wurde er hierin noch durch das glänzende Gutachten und die Auszeichnung mit der goldenen akademischen Medaille. Es lag aber die Gefahr nahe, daß wenn er sein neues Verfahren der allgemeinen Öffentlichkeit preis gibt, es auch sehr bald nachgeahmt werden könnte, und der erhoffte Nutzen anderen, mehr praktischen Leuten, als es Senefelder war, zufallen würde. Somit entschloß sich unser Altmeister um ein Privilegium einzukommen. Im November 1817 reichte Senefelder dann eine genaue Beschreibung des Verfahrens von Metallplatten zu drucken, beim König ein. In dem Gesuche bittet Senefelder, bescheiden wie immer, nur um ein zweijähriges Privilegium exklusivum. Nochmals mußte eine siebenkgl. Kommission darüber entscheiden ob diese neue Erfindung auch für ein zweijähriges Privilegium würdig sei. Das dieser Bericht, der am 15. Dezember 1817 abgestattet wurde, ebenfalls günstig ausfallen würde, war voraus zu sehen. Einen Herrn v. Yelin für ein zweijähriges Privilegium zu wenig, er schlägt daher ein zehnjähriges vor, dem sich auch Herr v. Baader mit den Worten anschloß:

»So außerordentlich wirklich der Fall ist, einen Bittenden mehr zu gewähren, als er selbst begehrt, so verdient doch das seltene Verdienst des Herrn A. Senefelder, und seine noch seltener Bescheidenheit, daß man im vorliegenden Falle eine Ausnahme von der Regel zu seinen Gunsten machen. Ich stimme daher vollkommen dem Gutachten des Herrn v. Yelin für ein zehnjähriges Privilegium und nebst der Auszeichnung mit der goldenen Verdienst-Medaille bey, und glaube überhaupt, daß der äußerste Termin von Erfindungs Patente nicht unter 8 Jahre festgesetzt werden sollte.«

Auch die anderen Herren sind nach dieser Begründung dafür, das ein zehnjähriges Privilegium vorgeschlagen wird, sie gehen noch weiter und wünschen das Senefelder auch die goldene Verdienst-Medaille erhalten möchte. Im Dezember 1817 wird dann von Seiten der Akademie der Wissenschaften der Vorschlag für ein zehnjähriges Privilegium an den König weitergegeben und gleichzeitig auch der Wunsch geäußert die goldene Verdienst-Medaille zu erteilen. In dem Schreiben an den König heißt es unter anderem:

»Das allerunterthänigst unterzeichnete Akademie- und Klassen-Sekretariat tritt nicht nur jenem Gutachten in Absicht auf die Ertheilung des Privilegiums vollkommen bey, sondern wagt auch nach § 6 der Constitutions Urkunde der Akademie, in Übereinstimmung mit jenem oben erwähnten Wunsche, den allerunterthänigsten Antrag, das Ew. Kgl. Majestät geruhen möchten, den Lithographen Alois Senefelder die goldene Verdienst-Medaille allergnädigst zu verleihen. Wenn man in Erwägung zieht, welche vielfache Anwendung für den Königl. Dienst vor jenem durch ihm so schön und schnell vervollkommenen Erfindung gemacht wird, wie viel Menschen dadurch beschäftigt, welche Summen dadurch dem Vaterlande gewonnen und welche großen sich auf die späte Nachwelt erstreckenden Ruhm dadurch für Baiern bewirkt worden ist, so liegen hierin genugsame Gründe, welche den obigen allerunterthänigsten Antrag nicht bios rechtfertigen, sondern selbst der Akademie der Wissenschaften zu einer Pflicht zu machen, scheinen.«

### Theodor Leipart über unsere Verbandsgeschichte.

Auch »Die Neue Zeit«, die Wochenschrift der Deutschen Sozialdemokratie brachte eine ausführliche Besprechung unserer Verbandsgeschichte in ihrer Nr. 1 vom 5. April d. J. Der Verfasser Theodor Leipart, der Vorsitzende des Deutschen Holzarbeiterverbandes, faßt sein Urteil im Beginn seiner Betrachtung in folgender Weise zusammen:

»Im vorigen Jahre hat der Verband der Lithographen und Steindrucker den ersten Band seiner

Organisationsgeschichte herausgegeben. Für dieses Geschichtswerk sind die deutschen Gewerkschaften dem Verband und besonders dem Verfasser Hermann Müller zu großem Dank verpflichtet. Wer immer die Geschichte seiner eigenen Gewerkschaft schreiben will, ist stets genötigt, wenn er dabei gründlich verfahren will, die Quellenliteratur der gesamten deutschen Arbeiterbewegung zu durchforschen. Diesem Umstand dürften wir es zu verdanken haben, daß Müller uns in mehr als zwei Dritteln seines ersten Bandes statt der Geschichte des Lithographenverbandes eine gründliche und ausführliche allgemeine Gewerkschaftsgeschichte bietet. Man möchte es bedauern, daß diese Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung nicht abgesondert von der Lithographengeschichte als selbständiges Werk herausgegeben wurde. Denn sie übertrifft in weitem Maße alle früheren Versuche anderer Autoren, wie Schmölle, Kulemann, Bringmann, die Entstehung und Entwicklung der Gewerkschaften in Deutschland geschichtlich darzustellen. So tiefgründig und mit so viel Verständnis wie Müller hat nach meiner Meinung noch keiner vor ihm das umfangreiche Quellenmaterial studiert und verarbeitet. Es gewährt eine innerliche Freude, von der ruhigen Sicherheit und dem festen Urteil berührt zu werden, die sich auf die umfassende, mit unendlichem Fleiß betriebene Untersuchung der geschichtlichen Zusammenhänge gründen und aus dem ganzen Inhalt des Buches auf uns einwirken. Dabei vermeidet Müller es, etwa in lehrhaften oder schümeisterlichen Ton zu verfallen, sondern übt auch dort eine bescheidene Zurückhaltung, wo er uns erweisliche Irrtümer anderer Geschichtsdreher klarmacht. Einem solchen Irrtum ist zum Beispiel Bringmann in seiner Geschichte der Zimmererbewegung unterlegen mit der von ihm vertretenen Auffassung, daß die gewerkschaftliche Bewegung bei den Lassalleern stärkere Förderung gefunden hätte als bei den Eisenachern und den Anhängern von Bebel und Liebknecht. Müller stellt diese irrtümliche Auffassung, die ich bereits im Jahre 1905 im »Korrespondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften« angezweifelt hatte, durch zahlreiche Beweise endgültig richtig. Ebenso weist er Schmölle und Kulemann in einer ganzen Reihe von Fällen erhebliche Mängel und tatsächliche Fehler in ihren Darstellungen nach. Das Tatsachenmaterial, auf das er sich dabei stützt, wird jedem Leser unwiderleglich erscheinen. — — —

Nachdem Leipart dann die wichtigsten von Müller dargestellten geschichtlichen Vorgänge in der Gewerkschaftsbewegung vorüber ziehen läßt und die theoretischen Einflüsse auf dieselbe kurz würdigt, faßt er zum Schluß seine Anerkennung noch einmal zusammen:

»Bis zum Sozialistengesetz führt uns der vorliegende Band der Müllerschen Geschichte nur. Als Anhang sind zahlreiche wichtige Dokumente beigelegt. Mit welcher Gründlichkeit Müller gearbeitet hat, möge das eine Beispiel zeigen, daß er sich die Satzungen der Gewerkschaftsunion von 1872, die nirgends gedruckt zu finden waren, dadurch, zu verschaffen gewußt, daß er vom Polizeiamt der Stadt Leipzig, dem die Vorlage der Satzungen damals zur Genehmigung eingereicht worden war, sich jetzt eine Abschrift erteilen ließ.

Neben der allgemeinen Gewerkschaftsgeschichte nimmt die vorläufig bis zum Jahre 1891 reichende Geschichte der Lithographen- und Steindruckerorganisationen und ihrer Kämpfe nur einen sehr geringen Raum des 674 Seiten starken Bandes ein. Im Verhältnis genommen, kommt aber die Geschichte der eigenen Berufsorganisationen trotzdem nicht etwa zu kurz, die Lithographen und Steindrucker haben vielmehr ebenso Anlaß, ihrem Kollegen Müller für seine überaus fleißige und gute Arbeit zu danken, wie die Gesamtheit der deutschen Gewerkschaftsmitglieder. Es ist in der Tat ein Buch, das jeder Freund der Gewerkschaften lesen und seinem Bücherschatz einverleiben sollte. Die knappe Einteilung des Stoffes in kurze Kapitel erleichtert das Lesen, und die vortreffliche Ausstattung des Buches wird es jedem Bücherfreund noch wertvoller machen.«

### Vom Buchdrucker-Tarif.

Aus dem Geschäftsbericht des Tarifamtes für Deutschlands Buchdrucker für das Jahr 1917 möchten wir einige interessante Feststellungen wiedergeben, die auch für unsere Kollegen beachtenswert sind. Da der Bericht naturgemäß bei der Größe des Gewerbes recht umfangreich ist, können wir uns nur auf das allerwesentlichste beschränken. Da fällt zuerst die hohe Zahl der Betriebe auf, die bis zum Oktober 1917 stillgelegt worden sind; es sind insgesamt 1114; gänzlich erloschen sind 390 Betriebe, bis Ende 1917 sogar 456. Stärker noch ist der Rückgang der Zahl der Gehilfen. Von rund 80000 Gehilfen, die beim Kriegsbeginn vorhanden waren, befanden sich im Oktober v. J. nur noch 33000 in Arbeit. 60 Proz. der Gehilfen sind durch den Krieg dem Beruf entzogen worden. Recht beachtlich will uns auch die Zahl der vom Tarifamt bewilligten Ersatzkräfte erscheinen. 3211 Ungelernte sind den Firmen zur Anlernung zugestanden worden. Bis Oktober 1917 sind aber nur 2849 Personen wirklich im Gewerbe tätig gewesen. Vom Mai bis zum Herbst stieg die Zahl der eingestellten

Ersatzkräfte ständig, dann aber ging das Verlangen nach Ersatzkräften allmählich wieder zurück. Es trifft dies vielleicht mit dem Nachlassen des Geschäftsganges infolge des empfindlichen Rohstoffmangels zusammen, vor allem mag die Papierkalamität dabei wesentlich mitsprechen. Inbezug auf die Lehrlingshaltung ist auch im Buchdruckgewerbe eine tarifliche Vereinbarung, ähnlich der für die Chemigraphie abgeschlossen worden. Daraufhin sind in den einzelnen Betrieben in der Zwischenzeit durch das Tarifamt 608 Lehrlinge mehr bewilligt worden, als ihnen unter normalen, d. h. Friedensverhältnissen zustanden. Gegen den Friedensstand ging die Zahl der Lehrlinge bis zum Mai 1917 um 2189 zurück. Die Verhältniszahl der Lehrlinge zu den Gehilfen betrug 47,4 v. H.

Über die Teuerungszulagen haben wir stets im einzelnen berichtet, so daß wir uns hier ein nochmaliges Daraufeingehen ersparen können. Zur Arbeitsvermittlung von Kriegsbeschädigten gingen bis Ende 1917 385 Anmeldungen ein. Untergebracht wurden aber nur 243. Ein großer Teil wurde für Heeres- und Hilfsdienst wieder verwandt. Sechs Setzer konnten nicht untergebracht werden. Im Verhältnis zur Zahl der vorhandenen Kriegsbeschädigten ist die zur gewerblichen Tätigkeit zurückgewonnene Zahl von Arbeitskräften auffallend gering. Der Bericht klagt darüber: „Unser Gewerbe, wie übrigens wohl jedes andere, wäre sehr wohl in der Lage, heute wirksamer als zu anderer Zeit Kriegsbeschädigte für die berufliche Arbeit wieder verwendbar zu machen, und je allmählicher sich der Übertritt der Kriegsbeschädigten in ihr erlerntes Gewerbe vollzieht, um so schneller wird deren Unterbringung wieder vor sich gehen können.“

Der Arbeitsmarkt bietet das typische Kriegsbild; die Arbeitslosigkeit schnellte 1914 auf 7,9 v. H. um in den folgenden Kriegsjahren auf 2,2, dann 0,2 und 1917 schließlich auf 0,03 v. H. zu fallen. Einige Arbeitsnachweise haben aus Mangel an Tätigkeit ihren Betrieb eingestellt.

## Feuilleton.

### Urlaub.

Es muß ein Traum gewesen sein aus Liebeslust und Sehnsuchtspein. — So schwer ja webte das Leben nimmer die Tage!

Ich aber irage tief in mir drinnen lichtgoldnen Schirmen von Glück und Minnen.

Es muß ein Traum gewesen sein aus Liebesehnen und Einsamsein. — Nie webte das Leben so hellen Schein dem Dunkel der Nacht! Nie häit' ich gedacht, daß Frauenhände so weich sein könnten, daß Frauenaugen so tief und rein, daß junge Frauenlippen so brennen.

Nie häit' ich gedacht, daß Frauenlachen so wunschlos, so glücklich, so reich kann machen. Nie schritt ich so kraftfroh dem jungen Tag entgegen, so trotzig dem »Komme, was mag!« Nie trank mein Herz so lichten Glanz, so sonniges Glück in sich hinein, ward Leben und Lieben zum lichten Tanz — es muß ein Traum gewesen sein. —

Kurt Heilbut, im Felde.  
Aus: »Der Wahre Jakob.«

### Marxbücher.

Zum hundertsten Geburtstage von Karl Marx sind eine Reihe Bücher erschienen, von denen uns bis jetzt drei vorliegen. Karl Marx von M. Beer. Verlag für Sozialwissenschaft, G. m. b. H., Berlin 1918. Preis brosch. 4 Mk. geb. 5 Mk. M. Beer würdigt Karl Marx wohl am besten und am eingehendsten als Mensch und Philosoph. In 108 Seiten schildert er den Lebensgang und die geistige Entwicklung des großen Denkers und Führers der Arbeiterklasse. Dabei zeigt uns Beer selbst seine große Begabung für die Darstellung der philosophischen Probleme, die den tiefgründigen Kenner verraten. Wie Marx auf den Philosophen Hegel aufbaut, seine Lehren ergänzt und vervollkommen, daß lernen wir prächtig aus diesem Buche kennen. Daneben kommen allerdings die national-ökonomischen Lehren Marx etwas kurz weg. Einige Porträts und Ansichten beleben den ersten Stoff. Leider scheint unter dieser Bilderbeigabe der Preis in die Höhe gegangen zu sein, was dem Absatz des empfehlenswerten Buches hinderlich sein könnte.

Karl Marx und die Gewerkschaften heißt die Schrift die unser Kollege Hermann Müller, der vielgenannte Verfasser unserer Verbandsgeschichte, geschrieben hat, und die ebenfalls im Verlag für Sozialwissenschaft erschienen ist. Uns will scheinen, daß dieses Buch ausgezeichnet als Einführung in die theoretischen Gedankengänge der Gewerkschaftsbewegung zu gebrauchen ist. Was Müller in unserer Verbandsgeschichte auf Grund reicher Quellenstudien nachgewiesen hat, daß Marx, entgegen der Auffassung mancher nur aus der Partei bekannten Marxinterpreten, der Gewerkschaftsbewegung für den Befreiungskampf der Arbeiterklasse die höchste Bedeutung beigemessen habe, das hat er hier in einfacher schlichter Sprache zusammenhängend dargestellt und damit als besondere Schrift den Arbeitern in die Hand gegeben. Der Preis von 2 Mk. für das broschurierte und 3 Mk. für das gebundene Exemplar wird in Anbetracht der Wichtigkeit des gebotenen von jedem vorwärtsstrebenden Arbeiter gern getragen werden.

Geschichtliche Tat. Blätter und Sätze aus den Schriften und Briefen von Karl Marx. Auswahl und Gruppierung von Franz Diederich. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin. Preis brosch. 3,50 Mk. Von ganz anderen Ideen ließ sich Diederich leiten. Mit Ausnahme des Vorworts läßt er in dem Buche ausschließend Marx selber reden. Es ist geradezu eine Fundgrube der schönsten und wichtigsten Theorien und Lehren unseres großen Vorkämpfers. Für den Arbeiter, der weder die umfassenden Vorkenntnisse, noch genügend Zeit und Geld für das Studium der Gesamtwerke aufbieten kann, ist diese Zusammenstellung besonders dankbar zu begrüßen. Wir bekommen hier einen Einblick in das reiche Tätigkeitsgebiet Marx und viele werden vielleicht erst dadurch ermessen können, welches Werk sie insbesondere einer genaueren Durcharbeitung unterziehen können. Das wäre dann ein Erfolg, der nicht hoch genug zu veranschlagen wäre. Eins möchten wir aber dabei noch besonders erwähnen. Es ist der fast vorbildliche Druck und das gute Papier, das in der Jetztzeit geradezu überrascht und über die Ausstattung der beiden vorgenannten Bücher hinausragt. Unseren Kollegen wird der Umschlag mit der schönen Schrift und dem fast wie Radierung wirkenden Marxporträt noch eine besondere künstlerische Freude bereiten.

Zwei Menschen ehre ich und keinen dritten. Erstens den sich mühennden Arbeiter, der mit von der Erde geschaffenen Werkzeugen mühsam die Erde besiegt und sie zum Eigentum des Menschen macht. Ehrwürdig ist mir die harte, rauhe, verkümmerte Hand, worin nichtsdestoweniger eine unauslöschlich-königliche Majestät liegt, denn sie führt das Szepter dieses Planeten. Ehrwürdig ist auch das rauhe, verwiterte, beschmutzte Antlitz mit seiner schlichten Intelligenz, denn es ist das Gesicht eines Menschen, der so lebt, wie ein Mensch leben muß. Ja, um so ehrwürdiger bist Du mir wegen Deiner Rauheit, und eben, weil wir Dich sowohl bemitleiden als lieben müssen! Schwer beladener Bruder! Für uns ward Dein Rücken so gebeugt, für uns wurden Deine geraden Glieder und Finger so entstellt, Du warst unser Rekrut, auf den das Los fiel, und indem Du unsere Schlachten kämpfdest, wurdest Du zum Krüppel. Denn auch in Dir lag eine gottgeschaffene Form, aber sie sollte nicht entfallt werden. Eingehüllt sollte sie bleiben in die dichten Anhängsel der Arbeit und Dein Körper wie Deine Seele die Freiheit nicht kennen lernen. Und doch, arbeite, arbeite zu! Du arbeitest um das durchaus Unentbehrliche: um das tägliche Brot. —

Einen zweiten Mann ehre ich hoch: den, welcher für das geistig Unentbehrliche arbeitet. Ist nicht auch er in seiner Pflicht, indem er nach innerer Harmonie strebt und diese durch Wort und Tat in all seinen äußeren Bestrebungen offenbart? — Diese zwei Menschen in allen ihren Arten und Abstufungen ehre ich. Alles andere ist Staub und Spreu, die der Wind wehen kann wohin er will.

Unaussprechlich rührend jedoch ist es, wenn sich beide Würden vereinigt finden und wenn der, der äußerlich für die niedrigsten der menschlichen Bedürfnisse arbeiten muß, innerlich auch für die höchsten arbeitet. Etwas Erhabeneres auf dieser Welt kenne ich nicht.

Carlyle.

### Vom Büchertisch.

Deutscher Buch- und Steindruck. Das Heft 7, vom April 1918, dieser von uns schon häufig empfohlenen graphischen Zeitschrift, möchten wir all den Kollegen empfehlen, die einmal in zusammenhängender Weise über das lithographische Gummidruckverfahren (Ofsetdruck) unterrichtet sein wollen. Er bringt die Inhalts wiedergabe der Referate, die am 6. März im Verein für deutsches Kunstgewerbe im Berliner Kunstgewerbemuseum gehalten wurden. Bei der Wichtigkeit der fachtechnischen Weiterbildung sollte jeder Kollege zum aufmerksamen Leser des Buch- und Steindruckers werden. Wenn wir auch gern zugeben wollen, daß der jährliche Bezugspreis von 12 Mk. dem Einzelnen recht sauer werden kann, so ließe dort, wo mehrere Kollegen zusammen sind, wohl ein gemeinsamer, sozusagen genossenschaftlicher Bezug ermöglichen, bei dem in längeren Abständen die Einzelhefte, nachdem sie von allen gelesen worden sind, verlost werden.

Demokratie und Freiheit. Eine Untersuchung über das parlamentarische System und seine Wirkungen in den wesentlichen Kulturstaaten, v. Julian Borchardt. Vor uns liegt das 2. Heft. Das erste behandelte: »Amerikanische Freiheit«, das zweite »Die Selbstregierung des Volkes in England.« In den beiden Schriften wird der Nachweis an reichem Tatsachenmaterial zu führen versucht, daß über die demokratischen Einrichtungen dieser beiden Länder in Deutschland viel Irrtümer verbreitet sind. — Sie sind erschienen im Buch- und Zeitschriftenverlagshaus Georg Sturm, Berlin S. W. 48. Preis des Heftes 1,20 Mk.

### Stellenangebote

#### Inserate

sind nicht an die Redaktion sondern an die Expedition zu senden.

1 Reproduktions-Photogr. und 1 Ätzer für Auto u. Strich in dauernder Stellung gesucht. Auch Kriegsbeschädigte.  
H. S. Hermann, Berlin SW. 19, Beuthstr. 8.

### Verbandsnachrichten

Achtung! Breslau! Kassierer und Unterstützungszahler ist jetzt Kollege Emil Melzer, Opitzstraße 37, VI.

### Verschiedenes

Graphische Fachklassen  
Entwurf und Werkstatt-Ausbildung  
Auskünfte durch die  
Kunstgewerbeschule  
Barmen

### Das Lehrbuch d. Lithographie und des Steindrucks

verfaßt von Alois Senefelder in München 1821.  
Mit 20 Zeichentafeln nach Originalzeichnungen von der Hand Senefelders. Herausgegeben vom Verband der Lithogr., Steindr. u. verw. Berufe, Berlin.  
Preis 7,50 Mk. inklusive Porto.  
Zu beziehen durch: Conrad Müller, Scheuditz-Lepzig.

### Alois Senefelder und die Erfindung der Lithographie.

Festschrift von Fritz Hansen.  
Verlag: Conr. Müller, Scheuditz.  
Preis 55 Pfg. (portofrei).  
Bei 10 Stück ein Freilexemplar.

Chiffre-Inserate finden keine Aufnahme.

## Schnuhr's flüssiger Steingummi

bietet vollen Ersatz für echten Gummi-Arabicum, nicht als Klebstoff, sondern zum Präparieren von Lithographiesteinen, Zink- und Aluminiumplatten, Anwendung und Wirkung ohne Unterschied gegenüber Naturgummi.

Dieser auf wissenschaftlicher Grundlage hergestellte Gummiersatz konserviert die Steine, selbst wenn sie längere Zeit in feuchten Steinkellern lagern und macht das wiederholte Ätzen der Originalsteine überflüssig. Der Steingummi wird in vielen Druckereien, auch bei Staats- und Militärbehörden verwendet, überall gut beurteilt und regelmäßig nachbestellt. Die Ware ist ausprobiert gut, wofür Zeugnisse zu Diensten stehen.

H. Schnuhr, Hamburg 22, Richardstraße 49.  
Fabrikation chemisch-technischer Druckpräparate.

## Schnell-Trockenmittel „Extrakt“ „Betromit“

patentamtlich geschützt. patentamtlich geschützt.  
ein kleiner Zusatz von 1-4 Prozent genügt, um Druckfarben in etwa 2 Stunden zum Trocknen zu bringen. »Betromit« bildet selbst bei langsamstem Verbrauch keine Haut, trocknet nicht ein, daher kein Verlust, ist sehr sparsam im Gebrauch. Von ersten Firmen glänzend beurteilt und regelmäßig nachbestellt. Großer Versand nach In- und Ausland. Viele Anerkennungs-schreiben liegen vor. Per Kilo Mark 12,50.

H. Schnuhr, Hamburg 22, Richardstr. 49, Fabrik chem.-techn. Druckpräparate.